

Die Zeit ist abgestellt

Die einzige Atomuhr der DDR liegt nutzlos auf der Osterburg in Thüringen. Seite 3



Hindenburg bleibt ehrenhaft

Berlin tut sich schwer, dem Marschall die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen. Seite 11

Fotos: 123rf/zozifoto (L), imago/Christian Ohde (r.)

Zu kurzer Dienstweg

BND-»Hilfskraft« tat, was sein Arbeitgeber tut. Seiten 4 und 5

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 7. Juli 2014

69. Jahrgang/Nr. 155

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT

Befreier und Befreite

Klaus Joachim Herrmann
über die Einnahme von Slawjansk

Ein »großer Sieg«, wenn auch »kein totaler«, jubelte die neue Obrigkeit in Kiew über die »Befreiung« der ostukrainischen Stadt Slawjansk. Die »Terroristen« hätten für die Missachtung der Waffenruhe ihre »verdiente Strafe« erhalten, freute sich der Präsident und Oberkommandierende. Schoko-Oligarch Poroschenko will den »unvollständigen Sieg« mit noch mehr Krieg vollenden. Dann wäre wohl jene Zeit für sein Feuerwerk, die jetzt »noch nicht gekommen« sei.

Doch solche Siege lösen kein Problem. Sie machen nach dem Kiewer Umsturz den selbstherrlich-provokanten Umgang der Sieger mit den Verlierern nicht ungeschehen, heben die fundamentalen Fehler nicht auf. Den alten Problemen fügen sie neue hinzu. Der Grundkonflikt der Ukraine bleibt ihre innere Zerrissenheit zwischen Ost und West und die äußere zwischen Russland und der EU.

Der wird ohne ernsthafte Zuwendung, langwierige Verhandlungen und schmerzliche Zugeständnisse nicht zu überwinden sein. Das wird im Siegesrausch aber offenbar für überflüssig gehalten – selbst wenn ernst zu nehmende Staaten darauf drängen. Sogar der gern und nicht jederzeit zu Unrecht gescholtene Präsident Putin sieht sich wegen Abkehr vom bewaffneten Kampf des Vorwurfs eines Wortbruchs ausgesetzt. Wenn sich aber die prorussischen Milizen verraten fühlen – und es wohl auch sind –, kann das als ein sicherer Hinweis darauf gelten, dass Gespräche einige Aussicht auf Erfolg hätten.

UNTEN LINKS

Da wird so viel von **Karenzzeiten** geredet, wenn Politiker in die Wirtschaft wechseln. Ob zwölf Monate oder zwei Jahre – darüber können sich die Parlamentarier so richtig heftig ereifern und seit Jahren zu keinem Schluss kommen. Pofalla, Niebel, von Kladden, Schröder – die Liste ist lang und mit Sicherheit noch längst nicht abgearbeitet. Dabei ist die temporäre Frage nicht die eigentliche. Die zielt vielmehr auf die Eignung. Muss der Wirtschaft nicht Angst und Bange sein vor Politikern, die zum Teil Jahrzehnte nur auf die Produktion von Sprechblasen geeicht waren und außer ein paar Visitenkarten nichts mitbringen, schon gar keine fachliche Qualifikation? Nein, man nimmt sie mit Kussband und bezahlt horrenden Summen, was auch viel über die heutigen Ansprüche der Wirtschaft aussagt. Offenbar ist inzwischen völlig austauschbar, ob man einen halbgenen Gesetzentwurf vorstellt oder ein halbgenes Firmenkonzept. Und erklärt die Endlos-Liste von Pleiten, Pech und Pannen. *oer*

Sieg über Slawjansk

Kein Jubel im Donbass über den Einmarsch der ukrainischen Armee



Auch diese Frau zahlt den Preis des Sieges.

Foto: dpa/Stringer

Berlin. Jubel über die Eroberung der ostukrainischen Stadt Slawjansk sowie weiterer Ortschaften am Wochenende kam aus der Hauptstadt Kiew. Hier gab es Orden für jene, die sich »besonders hervorgetan« hatten. Die 79. und die 95. Luftlandebrigade zum Beispiel, Spezialeinheiten, diese Majore und jener Soldat. Präsident Petro Poroschenko sagte, das Land solle die »Gesichter der Helden kennen«.

Das Land weiß besser um die Gesichter des Leids, um die Toten, Verletzten und Geflohenen. Da gehörte das unmenschliche Wort vom »Kollateralschaden« hin. Vor solchen »Begleitschäden« seien Zivilbevölkerung, Zivil-

personen und zivile Objekte zu schützen, fordert das humanitäre Völkerrecht. Der mörderische und zerstörerische Einsatz von Bomben, Panzern, Raketenwerfern auch in Wohnvierteln blieb aber unerwähnt. Nun wurde die Wiederherstellung der lebensnotwendigen Infrastruktur angewiesen, die Versorgung mit Wasser, Brot und anderen Grundnahrungsmitteln, humanitäre Hilfe.

Doch der Jubel der Befreiten blieb aus. Nicht einmal regierungstreue Medien spürten ihn auf. Einige Realisten in der Hauptstadt kamen schon darauf, dass die prorussischen Kämpfer im Donbass weit besser gelitten seien als die

proeuropäischen. Die einen gelten eben als »naschi«, also unsere, die anderen sind als »Faschisty« und »Banderowzy« verhasst und gefürchtet. Die angekündigte »Befreiung« von Donezk und Lugansk wird noch schwieriger und blutiger als die von Slawjansk.

Seit Monaten befinden sich Zehntausende auf der Flucht. Alte und Kranke bleiben oft in der Kampfzone zurück. Ein Großteil der leidgeprüften Bevölkerung flieht ins benachbarte Russland, oft zu Verwandten. Die Behörden in Moskau sprechen von mehr als 100 000 Menschen, internationale Organisationen schätzen die Hälfte. *khe Tagesthema Seite 2*

Mit der Maut in den Sommerurlaub

Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) will Konzept für »Infrastrukturabgabe« vorlegen

Die CSU will noch vor der Sommerpause mit den Plänen zur Pkw-Maut vorankommen. Die Koalitionspartner reagieren darauf eher verhalten.

Von Simon Poelchau

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt will noch kurz vor der Sommerpause seinen ersten großen Coup als Ressortchef landen. Am Wochenende verkündete der CSU-Politiker, dass er an diesem Montag ein Konzept für seine geplante Pkw-Maut vorstellen will. Diese soll offiziell »Infrastrukturabgabe« heißen und sich nach Hubraumgröße und Umweltfreundlichkeit bemessen.

Noch am vergangenen Freitag wurden Zweifel laut, ob Dobrindt seinen Terminplan einhalten könne. Das »Handelsblatt« berichtete, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ihren Minister mit Blick auf die Bedenken der EU-Kommission habe bremsen wol-

len. Dies wurde jedoch noch am selben Tag von Regierungssprecher Steffen Seibert dementiert. Dobrindt hofft nun, mit seinem Konzept die Vorgaben der EU einhalten und gleichzeitig das Wahlversprechen der CSU einlösen zu können, dass bei der Einführung der Maut nur Ausländer zur Kasse gebeten werden. »Kein deutscher Autofahrer wird insgesamt mehr bezahlen als heute«, so der Minister.

Die Maut soll nicht nur auf Autobahnen, sondern auf allen Straßen gelten. Ausländische Autofahrer müssen Dobrindts Plänen zufolge für eine zeitlich befristete Vignette künftig zehn bis 20 Euro zahlen. Deutsche Autofahrer sollen abhängig von Motorgröße, Alter und Umweltverträglichkeit ihres Fahrzeugs 20 bis über 150 Euro jährlich berappen. Im Gegenzug werde die Kfz-Steuer entsprechend gesenkt und die Vignette automatisch per Post verschickt, so Dobrindt. Der Minister

hofft, mit der Maut, die ab 1. Januar 2016 gelten soll, 2,5 Milliarden Euro in einer Wahlperiode einzunehmen. Das Geld will Dobrindt zusätzlich in den Straßenbau investieren.

Unterdessen erhielt der CSU-Mann Unterstützung von seinem

»Die SPD wird das Konzept von Herrn Dobrindt wohlwollend, aber kritisch prüfen«

Sören Bartol (SPD)

Parteichef. Seit Monaten unterstütze die CSU die Koalition bei Vorhaben wie dem Mindestlohn, »jetzt erwarten wir, dass unsere Koalitionspartner auch unseren Verkehrsminister unterstützen – und nicht neue Hürden aufbauen«, forderte Bayerns Minister-

»Bleiberecht wäre Förderprogramm für Schlepper«

Tausende demonstrierten für ein Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge

Berlin. Mehrere tausend Menschen demonstrierten am Samstag für ein Bleiberecht für Flüchtlinge. In Hamburg nahmen etwa 900, in Berlin nach Veranstalterangaben rund 5000 Menschen an einer Demonstration teil. Nach knapp einem Jahr Verhandlungen war in der vergangenen Woche ein Großteil der mehr als 200 Flüchtlinge aus der ehemaligen Schule in Berlin-Kreuzberg ausgezogen. Ein Bleiberecht wäre in diesem Fall »nur ein staatliches Förderprogramm für Schlepperorganisationen«, sagte dagegen die ehemalige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, Barbara John: »Da können wir auch gleich die Ausländerbehörde schließen und die deutsche Asylgesetzgebung wegwerfen.« Die Forderungen der Flüchtlinge und ihrer Unterstützer nach einer Lockerung der Residenzpflicht und nach Zugang zum Arbeitsmarkt seien jedoch völlig richtig. »Das steht ja auch schon im Koalitionsvertrag. Ich verstehe nicht, warum das nicht längst beschlossen wurde.«

Im Umgang mit den Flüchtlingen in Kreuzberg sieht John schwere Versäumnisse des Bezirksamts. »Man hätte nie zulassen dürfen, dass sich das Camp auf dem Oranienplatz und die besetzte Schule in dieser Form verfestigen«, sagte John der »Berliner Morgenpost«. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hätte den Flüchtlingen von Anfang an klar sagen müssen, dass er ihre Forderung nach einem Bleiberecht nicht erfüllen könne. Auch der Senat habe Fehler gemacht, indem er sich zunächst rausgehalten habe. »Wir sind Berlin – wir alle. Dazu gehören die Verwaltungen des Senats und der Bezirke. Da kann man nicht auf unterschiedliche Zuständigkeiten verweisen.« *dpa/nd Seite 11*

Nahles bei der SPD-Linken ausgetreten

DL21-Sprecherin Mattheis relativiert danach Kritik an Mindestlohn

Berlin. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und fünf andere SPD-Politiker sind aus der Organisation der sozialdemokratischen Linken DL21 ausgetreten. In einem Schreiben hätten sie »schwere Vorwürfe gegen die Vorsitzende des Vereins, Hilde Mattheis«, erhoben, berichtete die »Süddeutsche Zeitung«. Streitpunkt ist die Bewertung des Mindestlohns der Großen Koalition. Mattheis habe zu der Einführung der Lohnuntergrenze erklärt, mit der Festschreibung im Koalitionsvertrag habe man »einen roten Apfel in die Hand bekommen«, die nun mit Ausnahmen verabschiedete Lösung zeige aber, »dass der auf der einen Seite verfault ist«. Das Zitat soll aus einer Pressemitteilung von Anfang vergangener Woche stammen. Sie ist auf der Website der DL21 nicht mehr zu finden. Stattdessen eine Erklärung, die die Einführung des Mindestlohns als Erfolg insbesondere der SPD-Linken lobt. Der DL21-Vorstand wolle damit den Ausgetretenen ein Gesprächsangebot machen, wird Mattheis von der SZ zitiert. Die sechs Ausgetretenen, darunter der bayerische SPD-Landeschef Florian Pronold, der frühere JusO-Chef Benjamin Mikfeld und die einstige PDS-Vizevorsitzende und Nahles-Mitarbeiterin Angela Marquardt, hatten das »Apfel-Zitat« als »nicht hinnehmbar« bezeichnet. »Dabei geht es nicht um diese eine Äußerung, sondern um eine Haltung.« Es sei nicht das erste Mal, »dass insbesondere Erfolge innerhalb der SPD«, die auf dem Einsatz von Parteilinken basierten, »von führenden VertreterInnen der DL21 schlecht geredet werden«. Im Oktober war bereits der ehemalige DL21-Vorsitzende Björn Böhning ausgetreten. *nd/mit Agenturen Personalie Seite 4*

